

NIEDERSCHRIFT

über die **3.** Sitzung **des Kreisausschusses** (XVI. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **22.10.2014**
Ort der Sitzung: Kreishaus Neuss
Besprechungsraum 2 (2. Etage)
Oberstraße 91, 41460 Neuss
(Tel. 02131/928-2100)
Beginn der Sitzung: 15:10 Uhr
Ende der Sitzung: 18:05 Uhr
Den Vorsitz führte: Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

Sitzungsteilnehmer:

• Vorsitzender

1. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

• CDU-Fraktion

2. Herr Dr. Gert Ammermann
 3. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
 4. Herr Franz-Josef Radmacher
 5. Herr Wolfgang Wappenschmidt
 6. Herr Dieter Welsink
 7. Herr Johann-Andreas Werhahn
 8. Frau Birte Wienands
- Vertretung für Herrn Bertram Graf von Nesselrode

• SPD-Fraktion

9. Herr Horst Fischer
 10. Herr Harald Holler
 11. Herr Dieter Jüngerkes
 12. Herr Rainer Thiel MdL
- Vertretung für Herrn Klaus Krützen

- **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

- 13. Herr Erhard Demmer
- 14. Frau Susanne Stephan-Gellrich

- **FDP-Fraktion**

- 15. Herr Bijan Djir-Sarai

- **Die Linke/Piraten-Fraktion**

- 16. Frau Kirsten Eickler

- **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

- 17. Herr Carsten Thiel

- **Verwaltung**

- 18. Herr Dezernent Ingolf Graul
- 19. Herr Günter Hassels
- 20. Herr Dezernent Karsten Mankowsky
- 21. Herr Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz
- 22. Herr Harald Vieten
- 23. Herr Robert Abts
- 24. Herr Dezernent Tillmann Lonnes
- 25. Herr Marcus Temburg

- **Schriftführerin**

- 26. Frau Annika Böhm

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	5
2.	Vereidigung von Kreisausschussmitgliedern	5
3.	Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse	6
3.1.	Krankenhausausschuss vom 25.08.2014	6
3.2.	Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 04.09.2014.....	6
3.3.	Planungs- und Umweltausschuss vom 23.09.2014.....	7
4.	Kenntnisnahme von Niederschriften	7
4.1.	Sportausschuss vom 04.09.2014	7
5.	Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Berichtszeitraum September / Oktober 2014 Vorlage: 61/0241/XVI/2014	8
6.	Bericht zur Regionalarbeit Berichtszeitraum September / Oktober 2014 Vorlage: 61/0242/XVI/2014	8
7.	Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung / Europa (Stand: Oktober 2014) Vorlage: ZS5/0250/XVI/2014	9
8.	Wirtschaftsförderungskonzept Vorlage: ZS5/0251/XVI/2014	9
8.1.	Antrag der CDU- und FDP-Kreistagsfraktionen zum Thema "Ergänzung des Wirtschaftsförderungskonzeptes 2014-2020", Vorlage: 010/0281/XVI/2014	12
8.2.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zum Tagesordnungspunkt Wirtschaftsförderungskonzept vom 21.10.2014, Vorlage: 010/0294/XVI/2014	12
8.3.	Anträge der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Wirtschaftsförderungskonzept vom 22.10.2014, Vorlage: 010/0298/XVI/2014	13
9.	SGB II - Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/0237/XVI/2014	13
10.	Verbraucherberatung im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 010/0238/XVI/2014	13
11.	Anträge	13
12.	Mitteilungen.....	14

12.1. Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den kommunalen Verfassungsbeschwerden in bestimmten Fragen der Option Vorlage: 010/0267/XVI/2014.....	14
12.2. GEPA NRW	14
13. Anfragen	14
13.1. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Thema "Sturm ELA" vom 16.09.2014 und Antwort der Verwaltung, Vorlage: 32/0240/XVI/2014	14
13.2. Anfrage der CDU- und FDP- Kreistagsfraktionen zum Thema "Polizeipräsenz bei Brauchtumsumzügen und Sportveranstaltungen im Rhein-Kreis Neuss" vom 01.10.2014, Vorlage: 010/0260/XVI/2014.....	14
13.3. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema "Übergriffe auf Asylbewerber im Rhein-Kreis Neuss" vom 17.10.2014 Vorlage: 31/0290/XVI/2014	14
13.4. Kontrollen der Polizei in Düsseldorf	15

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen und der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Den Abgeordneten lagen folgende Tischvorlagen vor:

	- Kreistagsflyer
zu Top 7 Wirtschaftsförderungskonzept	- Antrag der CDU- und FDP-Kreistagsfraktionen zum Thema „Ergänzung des Wirtschaftsförderungskonzeptes 2014-2015“ ☒ - Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 21.10.2014 ☒ - Antrag und Änderungsantrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 22.10.2014 ☒
zu Top 12.2 Anfrage der CDU- und FDP-Kreistagsfraktionen zum Thema „Polizeipräsenz bei Brauchtumsumzügen und Sportveranstaltungen im Rhein-Kreis Neuss	- Pressemitteilung ☒
Zu Top 12 (12.3) Anfragen	- Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Thema „Übergriffe auf Asylbewerber im Rhein-Kreis Neuss“ vom 17.10.2014 und Stellungnahme der Polizei ☒

Die mit ☒ versehenen Tischvorlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

2. Vereidigung von Kreisausschussmitgliedern

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke vereidigte in der Sitzung das ordentliche Kreisausschussmitglied Susanne Stephan-Gellrich, sowie das stellvertretende Ausschussmitglied Franz-Josef Radmacher durch Vorlesen folgender Verpflichtungsformel, die von den Kreisausschussmitgliedern nachgesprochen wurde:

„Ich schwöre, dass ich das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können verwalten, Verfassung und Gesetze befolgen und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. (So wahr mir Gott helfe.)“.

Anschließend handigte er die Ernennungsurkunden aus.

3. Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse

3.1. Krankenhausausschuss vom 25.08.2014

KA/20141022/Ö2.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Krankenhausausschusses vom 25.08.2014 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3.2. Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 04.09.2014

Protokoll:

Auf Anmerkung von 1. stellvertretenden Landrat Dr. Hans-Ulrich Klose erläuterte Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz kurz den aktuellen Sachstand zum Thema Asylbewerber. Nach § 1 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes seien die Gemeinden verpflichtet, ausländische Flüchtlinge aufzunehmen und unterzubringen. Der Landrat sei dabei für die kreisangehörigen Kommunen gemäß § 7 Aufsichtsbehörde als untere staatliche Verwaltungsbehörde. Der Kreis sei somit hauptsächlich eine Koordinations- und Informationsstelle sowie Ansprechpartner für die Bezirksregierung. Das Gesundheitsamt des Kreises sei darüber hinaus für die Betreuung und Untersuchung in der Erstaufnahmestation in Neuss zuständig. Aktuell seien 885 Flüchtlinge und Asylbewerber aus Krisen- und Kriegsgebieten dem Kreis zugewiesen. Hinzu kämen die ca. 400 Personen, die in der Erstaufnahmestation in Neuss untergebracht sind. Insgesamt würden rund 1.570 Flüchtlinge im Rhein-Kreis Neuss leben. Was den finanziellen Aufwand der Städte und Gemeinden angehe, lägen die Zahlen für 2014 noch nicht vor. Anhand der Statistik (2011: 4,4 Mio.; 2013: 6,4 Mio.) sei aber eine steigende Tendenz erkennbar. Daher sei es auch richtig, dass die Kommunalen Spitzenverbände mit Blick auf den Flüchtlingsgipfel darauf hingewiesen haben, dass neben der Integrationsleistung auch ein erheblicher finanzieller Aufwand zu erbringen sei, der unterstützt werden müsse.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel dankte der Kreisverwaltung und der Politik für den sachlichen Umgang mit dem Thema. Auch den Flüchtlingsgipfel begrüße er sehr. Wichtig sei ein geschlossenes Auftreten.

Bei dem Thema dürften aber auch nicht die existenten Ängste der Bevölkerung vor den Zuströmen außer Acht gelassen werden, so Bijan Djir-Sarai. Es gebe stets zwei Aspekte bei dem Thema.

Bei der Betreuung habe der Kreis bereits gute Erfahrungen mit den Wohlfahrtsverbänden gemacht, so 1. stellvertretender Landrat Dr. Hans-Ulrich Klose. Wichtig sei dabei insbesondere die menschliche Seite der Betreuung.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel erkundigte sich, ob es im Hinblick auf Ebola eine besondere Auffangstation für die Erstuntersuchung gebe.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke stellte klar, dass auch bei den Flüchtlingen die üblichen Regeln gelten würden. Erst bei einem Verdacht würden entsprechende Maßnah-

men ergriffen. Die Symptome seien in der Regel gut zu erkennen. Ergänzend erläuterte er kurz die Versorgungssituation in NRW sowie die Vorkehrungen des Gesundheitsdienstes. Ziel müsse es aber sein, Ebola bereits in den Gebieten zu bekämpfen, wo es ausgebrochen ist.

KA/20141022/Ö2.2

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 04.09.2014 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3.3. Planungs- und Umweltausschuss vom 23.09.2014

Protokoll:

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordneten Wolfgang Wappenschmidt erläuterte Kreisplaner Markus Temburg kurz das weitere Verfahren in Sachen Konverter.

KA/20141022/Ö2.3

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Planungs- und Umweltausschusses vom 23.09.2014 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

4. Kenntnisnahme von Niederschriften

4.1. Sportausschuss vom 04.09.2014

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass inzwischen der Bauantrag für die Sportanlage in Knechtsteden gestellt worden sei. Außerdem habe man beim Ministerium eine Förderung beantragt.

KA/20141022/Ö3.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Niederschrift des Sportausschusses vom 04.09.2014 zur Kenntnis.

5. Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft
Berichtszeitraum September / Oktober 2014
Vorlage: 61/0241/XVI/2014

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel äußerte den Wunsch, dass sich der Ältestenrat in Kürze mit der Frage beschäftigt, ob sich der Kreis in Sachen Konverter mit einer Anregung (Aufhebung BASB-Fläche) an die Regionalplanungsbehörde wenden sollte.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erläuterte noch einmal kurz die Position des Rhein-Kreises Neuss. Amprion habe die wichtige Aufgabe, den Standort zu finden, der möglichst weit von der Wohnbevölkerung entfernt ist. Daher sei es auch wichtig, dass alle in Betracht kommenden Standorte entlang der Trasse untersucht werden. Welcher Standort letztendlich von Amprion für am besten geeignet angesehen wird, wird voraussichtlich Ende November vorgestellt.

Er wies ergänzend darauf hin, dass es sich bei der BASB-Fläche um eine Frage der Landesplanung handelt, über die der Regionalrat nicht frei entscheiden könne. Daher seien intensive Beratungen und Abwägungsprozesse erforderlich.

Kreistagsabgeordnete Kirsten Eickler erkundigte sich nach den Auswirkungen auf den Rhein-Kreis Neuss durch den geplanten Umbau der Autobahnen.

Durch die Wanderung des Braunkohletagebaus müsse ein Stück der A61 abgebaut werden, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke. Die A44 werde dann entlang der alten Trasse und anschließend über die A46 umgeleitet. Andere Straßen seien dadurch nicht beeinträchtigt. Die Planungen zu den Autobahnen A44n und A46 könne man aber auch gerne zur Verfügung stellen (s. **Anlage**).

KA/20141022/Ö5

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft September/Oktober zur Kenntnis.

6. Bericht zur Regionalarbeit
Berichtszeitraum September / Oktober 2014
Vorlage: 61/0242/XVI/2014

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass die Politik immer aufgefordert sei, Anregungen und Ideen einzubringen.

KA/20141022/Ö6

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Regionalarbeit September/Oktober 2014 zur Kenntnis.

7. Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung / Europa (Stand: Oktober 2014)

Vorlage: ZS5/0250/XVI/2014

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer bat darum, dass in der nächsten Sitzung des Kreisausschusses (Schwerpunkt Arbeitsmarkt) auch auf das Thema Fachkräftemangel eingegangen wird. Ihn interessiere insbesondere die Frage, ob es einen tatsächlichen Mangel gebe, oder nur nach Ansicht der Unternehmen und wo die Ursachen dafür liegen.

Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich erkundigte sich nach dem Zweck und näheren Details zum Netzwerk Initiative Werkstoffe/ Werkstoffdialog Rheinland.

Robert Abts, Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung, erklärte, dass bereits 2011 ein Verein unter Unternehmensbeteiligung zu diesem Thema initiiert worden sei. Die Geschäftsstelle sei bei der Firma Currenta angesiedelt gewesen. Inzwischen sei das Netzwerk und die Aktivität in das Landescluster übergegangen. Um das regionale Profil zu behalten und das Netzwerk als innovatives Element für den Standort nutzen zu können, habe man eine Kooperation mit den umliegenden Wirtschaftsförderungen aufgenommen. Innovative Werkstoffe seien ein wichtiges Querschnittsthema für die Zukunft.

Dem stimmte auch Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer zu. Dieses wichtige Thema sollte in der Region gehalten werden.

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordneten Harald Holler erklärte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke, dass es sich bei der Unterstützung der Neuss Düsseldorfer Häfen beim Bau eines neuen Terminals in Halifax insbesondere um Beratung handele.

KA/20141022/Ö6

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung/Europa, Stand: Oktober 2014, zur Kenntnis.

8. Wirtschaftsförderungskonzept

Vorlage: ZS5/0251/XVI/2014

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies auf die Anträge von CDU/FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen hin.

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink erläuterte den Antrag von CDU und FDP. Da die Fragen der Wirtschaftsförderung dauerhaft seien, handele es sich um ein fließendes Konzept. Das Thema sollte im Blickfeld der gesamten Kreispolitik gesehen werden.

Der Antrag von CDU/FDP verdeutliche, dass bei dem Konzept noch Beratungsbedarf bestehe, so Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel. Das vorgelegte Konzept sei hauptsächlich eine Fortschreibung. Das reiche seiner Fraktion nicht aus. Man strebe ein profiliertes Wirtschaftsförderungskonzept an. Besonders wichtig sei dabei auch die Zu-

sammenarbeit mit den Städten und Gemeinden. Seine Fraktion beantrage daher, die Beschlussfassung in einer der nächsten Kreistagssitzungen zu vertagen und das Thema dort zu einem Schwerpunkt zu machen. Das Konzept und die eingebrachten Anträge könnten dabei als Grundlage dienen.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer erläuterte, dass der Gegenstand der Beschlussfassung durch die Anträge von CDU/FDP und SPD erweitert worden sei. Es gehe nicht mehr um den kleinen Bereich, wie Wirtschaftsförderung in der Kreisverwaltung organisiert werden sollte, sondern welchen Part die Wirtschaftsförderung in einem Konzept für eine zukünftige Entwicklung des Rhein-Kreises Neuss spielt. Dies sei eine ganz neue Debatte. Mit dem Doppleantrag gehe es seiner Fraktion darum, einzelne Aspekte mit aufzunehmen und die Politik stärker in den Prozess mit einzubinden (Inhalt und Verfahren). Man sollte sich bei dem Thema Zeit lassen. Das Konzept beinhalte noch einige Fehler und sei derzeit mehr Fortschreibung als Neuanfang. Er sehe die Notwendigkeit neue Ziele zu setzen. Daher sollten alle Aspekte in einer Debatte in konstruktiver Absicht zusammengeführt werden

Kreistagsabgeordneter Bijan Djir-Sarai kritisierte den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion als überholt. Hier würden zum Teil uralte Debatten wieder aufgewärmt. Außerdem merkte er an, dass die Politik in der Vergangenheit immer wieder angekündigt habe, Anregungen einzubringen. Dies sei bislang aber nicht geschehen. In einem fortlaufenden Prozess sei dies aber immer möglich.

Wirtschaftsförderung sei ein dynamischer Prozess, so Kreistagsabgeordneter Wolfgang Wappenschmidt. Man habe dem Vertagungsantrag in der letzten Sitzung zugestimmt. Eine erneute Vertagung halte er nicht für zielführend.

Dem schloss sich auch Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink an. Man müsse und werde an dem Thema arbeiten und immer wieder neue Themen einbringen. Auch sei es richtig, zu bestimmten Fragen auch andere Institutionen hinzuzuziehen. Eine erneute Vertagung halte er daher nicht für erforderlich.

Nach Auffassung von Kreistagsabgeordneten Rainer Thiel verdeutliche die Debatte, dass das Thema noch nicht abgeschlossen sei. Er halte den Vorschlag von Bündnis 90/Die Grünen für eine gute Brücke). In diesem Fall würde er den Vertagungsantrag zurück ziehen.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke stellte klar, dass das Thema Wirtschaftsförderung auch weiterhin in jedem Kreisausschuss Thema sei und dann auch fortentwickelt werden könne und müsse. Gemäß § 6 Kreisordnung NRW handele es sich dabei um eine Pflichtaufgabe, die die gesamte Verwaltung im Fokus halten müsse. Er bat daher darum, die Verwaltung durch den Beschluss auf dem gemeinsamen Weg zu unterstützen, orientiert an neuen Herausforderungen.

Kreistagsabgeordnete Kirsten Eickler kritisierte die fehlenden Visionen im Hinblick auf Zukunftstechnologien.

Kreistagsabgeordneter Wolfgang Wappenschmidt wies darauf hin, dass derartige Dinge zu unkonkret seien. Wenn sich bestimmte Entwicklungen zeigen, müsse man darauf reagieren.

Kreistagsabgeordneter Dr. Gert Ammermann versuchte die Debatte zusammen zu fassen um etwas gemeinsam verabschieden können mit einer Erweiterung und ggf. ei-

nem Verfahrensvorschlag. In Bezug auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen führte er aus, dass es seiner Meinung nach eine große Schnittmenge gebe. Punkt 1 des Antrags könne mit Punkt zwei des CDU/FDP-Antrags verschmolzen werden. Punkt 2 sei grundsätzlich richtig. Punkt 3 sollte als Bestandteil für den noch festzulegenden Prozess aufgenommen werden. Die Verwaltungsvorlage sehe man nicht als Abschluss, sondern als ein für die Zukunft offenen und dynamisch zu entwickelnden Raum, den man inhaltlich füllen müssen.

Als SPD wolle man gerne folgende Aspekte des eigenen Antrags mit einbringen, so Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel:

Metropolraum Rheinland (zweiter Aspekt), Strukturwandel (erster Aspekt), Klimaschutz, Zukunft der Industrie, Qualifizierung und Weiterbildung und Langzeitarbeitslosigkeit.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer erklärte sich bereit, den Änderungsantrag wie folgt zu ändern:

Absatz 4 wird gestrichen (da fortlaufender Prozess), Absatz 3 sei konsensfähig und bleibt daher bestehen, Absatz 2 stellt die Brücke zur politischen Beteiligung dar, um die weiteren Aspekte mit einzubeziehen. Absatz 1 soll jedoch unverändert bestehen bleiben, da das Konzept noch Fehler enthält und daher zunächst lediglich die Grundlage für die weiteren Beratungen sein sollte.

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink betonte, dass seine Fraktion das Konzept heute beschließen wolle. Es sei wichtig, auf Grundlage eines Beschlusses weiter zu arbeiten. Er habe die Sorge, dass das Konzept zu sehr verwässert. Einer weiteren Debatte stehe er aber offen gegenüber.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke machte den Vorschlag, den Beschlussvorschlag insoweit zu ergänzen, dass die Wirtschaftsförderung ein dauerhaftes Thema im Kreisausschuss bleibt, die Politik jederzeit Vorschläge einbringen kann und bei Einzelaspekten auch andere Akteure eingebunden werden.

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz stellte klar, dass von schwerwiegenden Fehlern nicht die Rede sein könne. Gegenstand der Untersuchung sei gewesen, dass man ausgehend von dem Gutachten der GP-Forschungsgruppe (im Jahr 2000) und einer intensiven Debatte 2006 zu Zuständigkeiten, Themen und Aktivitäten der Wirtschaftsförderung intern, unter veränderten Rahmenbedingungen, die eigene Arbeit reflektieren wollte. Schwerpunkt sei die Bewertung der geleisteten Arbeit mit einem Blick nach vorne gewesen.

Seine Fraktion könne das Wirtschaftsförderungskonzept in der vorgelegten Form nicht beschließen, so Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer abschließend.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel kritisierte, dass Seitens der CDU/FDP kein Wille erkennbar sei, zusammen zu kommen.

Nach einer weiteren Debatte, welche Anträge und in welcher Form zur Abstimmung gestellt werden solle, einigte man sich darauf, zunächst über den vorgelagten Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und anschließend über den modifizierten Beschlussvorschlag der Verwaltung, ergänzt um den CDU/FDP-Antrag abzustimmen.

KA/20141022/Ö8**Beschluss:**

1. Der Kreisausschuss beschließt das beigelegte Wirtschaftsförderungskonzept 2014 – 2020 (WFK) für den Rhein-Kreis Neuss und bittet die Verwaltung, auf dieser Basis ihre Wirtschaftsförderung weiter auszurichten. Als Dauerthema wird das Thema Wirtschaftsförderung wie bisher in jedem Kreisausschuss behandelt unter Beteiligung weiterer Akteure. Die Politik ist aufgefordert Ideen einzubringen und Themen anzusprechen.
2. Das Wirtschaftsförderungskonzept 2014-2020 wird um folgende Themenbereiche ergänzt:
 - Klima, Umwelt, Energie
 - Berufliche Weiterbildung und Hochschule
 - IT-Infrastruktur
 - Regionale LandwirtschaftDie Themenbereiche sollen an geeigneter Stelle in die Vorlage des Wirtschaftsförderungskonzeptes eingearbeitet werden.
3. Darüber hinaus wird die Wirtschaftsförderung beauftragt, zu prüfen, welche Instrumente und Aktivitäten in den Bereichen Tourismus- und Gesundheitswirtschaft sinnvollerweise und im Verbund mit weiteren Akteuren entwickelt werden können.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
6 Gegenstimmen (SPD, GRÜNE)

**8.1. Antrag der CDU- und FDP-Kreistagsfraktionen zum Thema "Ergänzung des Wirtschaftsförderungskonzeptes 2014-2020"
Vorlage: 010/0281/XVI/2014****Protokoll:**

Die Beratung und Beschlussfassung erfolgte unter Tagesordnungspunkt 8.

**8.2. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zum Tagesordnungspunkt Wirtschaftsförderungskonzept vom 21.10.2014
Vorlage: 010/0294/XVI/2014****Protokoll:**

Die Beratung erfolgte unter Tagesordnungspunkt 8. Der Antrag wurde nicht zur Abstimmung gestellt.

8.3. Anträge der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Wirtschaftsförderungskonzept vom 22.10.2014
Vorlage: 010/0298/XVI/2014

KA/20141022/Ö8.3

Beschluss:

Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen (SPD, GRÜNE)
9 Gegenstimmen (CDU, FDP, LR)
1 Enthaltung (UWG/Die Aktive)

9. SGB II - Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften
Vorlage: 50/0237/XVI/2014

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke verwies auf die vorgelegten Zahlen.

10. Verbraucherberatung im Rhein-Kreis Neuss
Vorlage: 010/0238/XVI/2014

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies auf den vorgelegten Bericht der Verwaltung hin. Die Vielzahl der Beratungsmöglichkeiten sei erkennbar.

Nach seiner Auffassung seien die Verbraucherberatungsstellen in Dormagen und Neuss Kreisaufgaben, so Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel. Er erkundigte sich, ob es richtig sei, dass der Kreis aus seinem Haushalt nun keine Mittel zur Verfügung stellt.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass er davon ausgehe, dass die Verbraucherberatung als städtische Aufgabe wahrgenommen werde.

Eine weitere Verbraucherberatungsstelle sei ein deutlicher Fortschritt, so Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer. Man müsse im nächsten Jahr sehen, wie die Beratungsstelle angenommen wird.

Dem stimmte auch Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink zu. Man sollte zunächst die Entwicklung abwarten.

11. Anträge

Protokoll:

Weitere Anträge wurden nicht gestellt.

12. Mitteilungen

12.1. Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den kommunalen Verfassungsbeschwerden in bestimmten Fragen der Option Vorlage: 010/0267/XVI/2014

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke verwies auf das mit der Einladung verschickte Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

12.2. GEPA NRW

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass inzwischen das neue kombinierte Alten- und Pflegegesetz sowie Wohn- und Teilhabegesetz (GEPA NRW) vorliege. Demnach spiele die kommunale Pflegebedarfsplanung wieder eine Rolle. Man werde das Thema aber noch im Sozial- und Gesundheitsausschuss näher erläutern.

13. Anfragen

13.1. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Thema "Sturm ELA" vom 16.09.2014 und Antwort der Verwaltung Vorlage: 32/0240/XVI/2014

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke verwies auf die vorgelegte Antwort der Verwaltung.

13.2. Anfrage der CDU- und FDP- Kreistagsfraktionen zum Thema "Polizei- präsenz bei Brauchtumsumzügen und Sportveranstaltungen im Rhein-Kreis Neuss" vom 01.10.2014 Vorlage: 010/0260/XVI/2014

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen verwies auf die vorgelegte Pressemitteilung.

13.3. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema "Übergriffe auf Asylbewerber im Rhein-Kreis Neuss" vom 17.10.2014 Vorlage: 31/0290/XVI/2014

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke verwies auf die vorgelegte Tischvorlage. Zwei der drei Verfahren seien noch in der Prüfung.

13.4. Kontrollen der Polizei in Düsseldorf

Protokoll:

In Bezug auf die von der Polizei am heutigen Tag in der Stadt Düsseldorf durchgeführten Kontrollen auf allen Rheinbrücken erkundigte sich Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel, ob im Rhein-Kreis Neuss ähnliche Maßnahmen in Sachen Einbruch und Diebstahl in Zukunft geplant seien.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erläuterte, dass dies eine landesweite auch im Rhein-Kreis Neuss gleichzeitig durchgeführte Aktion im Rahmen von „Riegel vor“ sei. Außerdem gebe es zu dem Thema in dieser Woche auch eine Reihe von öffentlichen Beratungsaktionen im Kreisgebiet.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Landrat Hans-Jürgen Petrauschke um 17:55 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.



Hans-Jürgen Petrauschke
Landrat



Annika Böhm
Schriftführung

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 010/0281/XVI/2014

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	22.10.2014	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Antrag der CDU- und FDP-Kreistagsfraktionen zum Thema "Ergänzung des Wirtschaftsförderungskonzeptes 2014-2020"

Anlagen:

Antrag CDU + FDP



CDU



Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

An den Landrat
des Rhein-Kreises Neuss
Hans-Jürgen Petrauschke
Oberstraße 91
41460 Neuss

13. Oktober 2014

Antrag der CDU- und FDP-Kreistagsfraktionen

Ergänzung des Wirtschaftsförderungskonzeptes 2014-2020

Sehr geehrter Herr Landrat Petrauschke,

wir bitten Sie, dem Kreisausschuss in seiner Sitzung am 22. Oktober 2014 folgenden Antrag zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen:

Antrag:

Die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP bitten die Verwaltung,

- a. Das Wirtschaftsförderungskonzept 2014-2020 um folgende Themenbereiche zu ergänzen:
 1. Klima, Umwelt, Energie
 2. Berufliche Bildung und Hochschule
 3. IT-Infrastruktur
 4. Regionale Landwirtschaft.

- b. Die oben genannten Themenbereiche an geeigneter Stelle in die Vorlage des Wirtschaftsförderungskonzeptes 2014-2020 einzuarbeiten.

Begründung:

Die Themenbereiche „Klima, Umwelt, Energie“, „Berufliche Bildung und Hochschule“, „IT-Infrastruktur“ sowie „Regionale Landwirtschaft“ sind wichtige Aufgaben der Wirtschaftsförderung.

- Der Rhein-Kreis Neuss ist ein Energiekreis. Von der Braunkohlegewinnung hängen die energieabhängige Industrie sowie viele mittelständische Unternehmen mit zahlreichen Arbeitsplätzen ab. Zudem bieten sich für den Rhein-Kreis Neuss mit modernsten Energie-, Umwelt- und Klimaschutztechnologien neue, zukunftsorientierte Wirtschafts- und Beschäftigungsmöglichkeiten.
- Bildung, Ausbildung und Wissenschaft entscheiden in zunehmendem Maße über Konkurrenzfähigkeit und Wohlstand einer Region. „Human Resources“, wie Wissen, individuelle Talente, Kompetenzen, Fähigkeiten und Fertigkeiten müssen daher gezielt gefördert und unterstützt werden. Bildung und Qualifizierung sorgen dafür, dass dem Rhein-Kreis Neuss auch in Zukunft ausreichend qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen. Zur beruflichen Bildung und Qualifizierung müssen die Berufsbildungszentren des Kreises weiter ausgebaut werden. Zudem muss der Rhein-Kreis Neuss durch innovative, zukunftsorientierte Studiengänge an seinen Hochschulen für angehende Akademiker noch attraktiver werden.
- Der flächendeckende Ausbau eines schnellen Internets muss im Rhein-Kreis Neuss mit hoher Priorität vorangetrieben werden. Alle wirtschaftlichen Prozesse - von der Zulieferung, Fertigung bis zur Steuerung und Wartung der fertigen Produkte - werden in einer modernen Industrie immer enger digital vernetzt. Für eine stark exportorientierte Industrie ist eine moderne IT-Infrastruktur mit schneller Internetversorgung unverzichtbar, um wettbewerbs- und zukunftsfähig zu bleiben. Der ländliche Raum muss ausreichend und gleichwertig mit einem schnellen Internetzugang versorgt werden.
- Die regionale Landwirtschaft sowie das Ernährungsgewerbe bilden einen wesentlichen Wirtschaftssektor im Rhein-Kreis Neuss. Die Landwirtschaft bewirtschaftet vor allem aufgrund der hervorragenden Böden und des günstigen Klimas ca. 50 Prozent der gesamten Kreisfläche. Regionale Produkte werden von den Verbrauchern geschätzt und auf dem Markt zunehmend attraktiver.

Mit freundlichen Grüßen



Dieter W. Welsink
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Rhein-Kreis Neuss



Bijan Djir-Sarai
Vorsitzender der FDP-Fraktion
im Rhein-Kreis Neuss

-2-

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 010/0294/XVI/2014

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	22.10.2014	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

**Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zum Tagesordnungspunkt
Wirtschaftsförderungskonzept vom 21.10.2014**

Anlagen:
Antrag SPD



An
Landrat des Rhein-Kreis Neuss
Herrn Hans-Jürgen Petrauschke
Kreisverwaltung
41460 Neuss

21. Oktober 2014

**Antrag der SPD-Fraktion zu TOP 7. Wirtschaftsförderungskonzept des
Kreisausschusses am 22. Oktober 2014**

Sehr geehrter Herr Landrat,

die SPD-Kreistagsfraktion beantragt:

Der Kreisausschuss überweist das beigefügte Wirtschaftsförderungskonzept 2014-2020 (WFK) für den Rhein Kreis Neuss zu einer ausführlichen Beratung an den Kreistag.

Begründung:

- Der Beschlussvorschlag WFK ist so nicht beschlussfähig. Es ist nicht ausreichend klar, was eigentlich beschlossen werden soll. Was soll wann von wem zu welchen Kosten und wie gemacht werden. In der Vorlage heißt es „ Wirtschaftsförderung umfasst insofern hier die gesamte Verwaltung“. Neben der ZS5 werden das Amt 61, Amt 63, Amt 68 sowie das Projekt Mittelstandsfreundliche Verwaltung genannt.
- Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird der Bedeutung des Themas nicht hinreichend gerecht:
Wirtschaftsförderung ist eine freiwillige Leistung / Tätigkeit des Kreises, sie muss daher wohl begründet sein.
Angesichts kritischer Stimmen aus den Städten und Gemeinden wäre es angebracht, den Nutzen der WiFö des Kreises für die Kommunen einmal darzustellen. Auch wenn die Kritik des Bürgermeisters aus Neuss "Mit geliehenen Gewehren in einem fremden Wald auf anderer Leute Hirsche schießen " (NGZ 11.10.2014), polemisch formuliert ist, so muss sie im Kern doch ernst genommen werden.



Nach über 10 Jahren WiFö des Kreises gibt es immer noch kein gemeinsames Verständnis mit den Städten und Gemeinden, nicht einmal einen gemeinsamen Auftritt auf der wichtigen Leitmesse für Wirtschaftsförderung - der EXPO Real in München.

Es fehlt ein mit den Städten und Gemeinden abgestimmtes Leitbild. Es fehlt eine Vorstellung für eine zukünftige Entwicklung des Rhein-Kreises Neuss, eine darauf aufbauende Strategie und ein daraus abgeleitetes Handlungskonzept.

- Wichtige Voraussetzungen müssen noch geklärt werden. Im Prognos-Gutachten für eine Wirtschaftsförderung im Kreis Neuss, das nun fortgeschrieben werden soll, wurde der damalige Landrat explizit als „Standortfaktor“ genannt. Damit sollte sicher deutlich gemacht werden, wie wichtig Personen bei der Vertretung des Wirtschaftsraumes Kreis Neuss sind.

Wirtschaftsförderung im heutigen Rhein-Kreis Neuss wird wesentlich mit dem derzeitigen Dezernenten verbunden.

Was bleibt, wenn dieser im nächsten Jahr eine andere Aufgabe übernimmt?

Wenn WiFö des Kreises dann noch mehr allgemeines Verwaltungshandeln wird („umfasst die gesamte Verwaltung“), dann droht die Gefahr, dass sie beliebig wird.

- Wichtige Zukunftsthemen und Handlungsfelder sind nicht hinreichend klar.

Beispiele:

Metropolraum Rheinland

- Die Wirtschaftsförderung im Kreis baut auf die Marke „Rhein-Kreis Neuss“ auf. Dafür wurde der Kreis-Name geändert, ein Logo entwickelt, eine Marketingstrategie aufgebaut. Damit will sich der Rhein-Kreis Neuss im Weltmarkt profilieren. Aber schon der Nachbarkreis nennt sich nun ebenfalls „Rhein-Erft Kreis“, damit hat der Rhein-Kreis Neuss kein Alleinstellungsmerkmal mehr.



- Angesichts des „gerupften“ Planungsraumes des Regierungsbezirks Düsseldorf (etwa die Hälfte des Planungsraumes wurde an das Ruhrgebiet abgegeben) brauchen wir eine Strategie der Zusammenarbeit und ein Verständnis über den gemeinsamen Wirtschaftsraum Rheinland. Gerade unsere Zukunft liegt in einer gemeinsamen Region, die als Wirtschaftsraum stark genug ist, mit den Metropolräumen in der Welt mithalten zu können.

Strukturwandel der Energiewirtschaft

- Der Ausstieg aus der Atomenergie verbunden mit der Energiewende hin zu den erneuerbaren Energien betrifft den „Energie-Kreis“ RKN massiv. Wir brauchen eine Planung für den Ausbau und die Förderung von erneuerbaren Energien im RKN und damit auch das Erschließen neuer Wertschöpfungschancen, gerade auch im Handwerk und Mittelstand. Wir brauchen eine Vorstellung, wie die Zeit bis 2050 genutzt werden soll, wenn dann die bestehenden Tagebaue auslaufen. Wir müssen jetzt gezielt über zukunftsgerechte Infrastruktur, Mobilität, Flächenentwicklung, Qualifizierung und Weiterbildung nachdenken.
- Zur Energiewende gehört auch eine HGÜ-Leitung quer durch den Rhein-Kreis Neuss verbunden mit einem Konverter. Der Rhein-Kreis Neuss muss durch eine Änderung im Regionalplan die Voraussetzung schaffen, einen Konverterstandort auf der „Dreiecksfläche“ Kaarst ausweisen zu können.

Klimaschutz und Folgen des Klimawandels

- Zu den globalen Megatrends gehört der Klimaschutz und die Klimawandel-Folgeanpassung. Darauf muss sich auch der Kreis und die Kommunen im Rhein-Kreis Neuss einstellen. Wegen der besonderen Bedeutung dieses Themas soll dies ein eigenes Handlungsfeld der Wirtschaftsförderung werden. Dazu gehören u.a. Beratungsangebote für Gewerbe und Bevölkerung.



Logistik als Zukunftscluster

- Die Entwicklung und Stärkung einer „Logistikregion Rheinland“ ist eine wichtige Herausforderung für unsere Region. Der Rhein-Kreis Neuss hat dabei die Aufgabe, günstige Rahmenbedingungen dafür zu schaffen. Dazu gehört vorrangig die Realisierung der Autobahnanschlussstelle Delrath.

Zukunft der Industrie

- Die Wertschöpfung im Rhein-Kreis Neuss beruht wesentlich auf einer starken Industrie. Akzeptanz für Industrie und dafür nötige Infrastruktur sollte auch ein Thema der WiFö im RKN sein.

Qualifizierung und Weiterbildung

- Für eine bessere Zukunftsentwicklung von Wirtschaft und Gewerbe im RKN ist Qualifizierung und Weiterbildung von großer Bedeutung. Daher soll hier ein Schwerpunkt zukünftiger Wirtschaftsförderung bestehen. Dazu sollen regionale Zusammenarbeit sowie moderne Informationstechnologien genutzt werden. Ziel wäre der Ausbau der Berufsbildungszentren zu Orten der Qualifizierung und Weiterbildung.

Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit

- Die Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit im RKN gibt Anlass zur Sorge. Ein Handlungsfeld der Wirtschaftsförderung muss daher die wirksame Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit sein. Dazu müssen das TZ Glehn und die Beschäftigungsförderungsgesellschaft wirksame Projekte entwickeln und erfolgreich durchführen

Mit freundlichen Grüßen

Rainer Thiel MdL

Vorsitzender SPD-Kreistagsfraktion

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 010/0298/XVI/2014

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	22.10.2014	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

**Anträge der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zum
Wirtschaftsförderungskonzept vom 22.10.2014**

Anlagen:

Antrag GRÜNE

Änderungsantrag GRÜNE

Rhein-Kreis Neuss
Herrn Landrat
Hans-Jürgen Petrauschke

per Email

FRAKTION IM RHEIN-KREIS NEUSS

Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender



Schulstraße 1
41460 Neuss
Tel: +49 (2131) 1666-81
Fax: +49 (2131) 1666-83
fraktion@gruene-rkn.de

Neuss, 22. Oktober 2014
Erhard Demmer/Renate Dorner-Müller

**Antrag zu TOP 7 des Kreisausschusses vom 22. Oktober 2014
(Wirtschaftsförderungskonzept) - Tischvorlage**

Sehr geehrter Herr Petrauschke,

zum oben genannten Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung des Kreisausschusses stellen wir nachstehenden Antrag:

Vorbemerkung:

Die Beratung des von der Verwaltung auf der Grundlage des Wied-Gutachtens vorgelegten Wirtschaftsförderungskonzepts hat ergeben, dass die Fraktionen eine Erweiterung des Beratungsgegenstandes anstreben.

Wollten CDU und FDP in der September-Sitzung über das Konzept noch ohne Änderungen sofort abstimmen, so legen sie zur heutigen Sitzung einen Auftrag an die Verwaltung zur Einarbeitung weiterer Bereiche vor.

Damit wird das ursprünglich zur Beratung anstehende Wirtschaftsförderungskonzept in einen Zusammenhang mit einem Konzept zur weiteren Entwicklung des Rhein-Kreises Neuss gestellt. Auch der SPD-Antrag zielt in die gleiche Richtung.

Die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN wird darauf mit einem Änderungsantrag zur Beschlussempfehlung reagieren (siehe gesonderten Antrag).

Wie die anderen Fraktionen auch, bringen wir mit dem folgenden Antrag ergänzende Aspekte für die weitere Diskussion ein.

Der Kreisausschuss möge beschließen:

Der Kreisausschuss bekräftigt, dass folgende, von der Verwaltung aufzubereitenden Aspekte für ein Entwicklungskonzept für den Rhein-Kreis Neuss in Verbindung mit einem Wirtschaftsförderungskonzept in der weiteren Diskussion aufgerufen werden:

1. Bildung, Weiterbildung, Qualifizierung von Arbeitnehmern

Wirtschaftsförderung muss sich darum bemühen, dass der Rhein-Kreis Neuss ein Standort mit einer öffentlichen Hochschule wird.

Die Berufsbildungszentren sind für die Qualifizierung und Weiterbildung von Arbeitnehmern zusätzlich zu ihren bisherigen (Aus-) Bildungsaufgaben auszubauen.

Sie sollen insbesondere für kleinere (und auch mittlere) Unternehmen nutzbar werden.

2. Zukunftsorientierte, nachhaltige Arbeitsplätze durch innovative Branchen

Die Wirtschaftsförderung verstärkt ihre Bemühungen, im Rhein-Kreis Neuss innovative Branchen mit zukunftsorientierten, nachhaltigen Arbeitsplätzen anzusiedeln.

(Vgl. Gutachten der K&P Wied und das „Sozioökonomische[s] Monitoring für den Rhein-Kreis Neuss“.)

3. Stärkere Beteiligung der Politik

Zukünftig ist die Politik bei der Zieldefinition und bei der Planung von Handlungsfeldern im Bereich der Wirtschaftsförderung stärker als bisher zu beteiligen.

Ein einfaches Berichtswesen durch den Landrat reicht nicht mehr aus.

Mit freundlichen Grüßen



Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender

D/ Kreistagsbüro und Fraktionsgeschäftsstellen im Rhein-Kreis Neuss - per Email

Rhein-Kreis Neuss
Herrn Landrat
Hans-Jürgen Petrauschke

per Email

FRAKTION IM RHEIN-KREIS NEUSS

Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender



Schulstraße 1
41460 Neuss
Tel: +49 (2131) 1666-81
Fax: +49 (2131) 1666-83
fraktion@gruene-rkn.de

Neuss, 22. Oktober 2014
Erhard Demmer/Renate Dorner-Müller

**Tischvorlage zu TOP 7 "Wirtschaftsförderungskonzept" der Sitzung
des heutigen Kreisausschusses**

Sehr geehrter Herr Petrauschke,

zur Beschlussempfehlung zum oben genannten Tagesordnungspunkt stellen wir nachfolgenden
Änderungsantrag:

Der Kreisausschuss beschließt das beigefügte Wirtschaftsförderungskonzept 2014 – 2020
(WFK) für den Rhein-Kreis Neuss als eine Grundlage für den weiteren Diskussionsprozess.

Weitere Grundlagen sind die von den Fraktionen vorgelegten Ideenskizzen und
Themenvorschläge sowie die Ergebnisse der Einbeziehung wesentlicher gesellschaftlicher
Akteure (IHK, DGB, Naturschutzverbände, weitere Interessenvertretungen).

Ziel ist, das Wirtschaftsförderungskonzept als operative Grundlage in ein gemeinsam zu
entwickelndes Konzept für die zukünftige, nachhaltige Entwicklung des Rhein-Kreis Neuss
einzubetten.

Dieser Grundlagen-Prozess soll im Frühjahr 2015 abgeschlossen werden, so dass in der Juni-
Sitzung des Kreistages das Gesamtkonzept beschlossen werden kann.

Mit freundlichen Grüßen



Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender

D/ Kreistagsbüro und Fraktionsgeschäftsstellen im Rhein-Kreis Neuss - per Email

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 010/0289/XVI/2014

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	22.10.2014	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Pressemitteilung "POL-NE: Landrat stellt klar: St.Martin kann auch künftig mit Polizeibegleitung rechnen"

Anlagen:

PM

Pressemitteilung

POL-NE: Landrat stellt klar: St.Martin kann auch künftig mit Polizeibegleitung rechnen

14.10.2014 | 16:16 Uhr

Rhein-Kreis Neuss (ots) - Seit Tagen gibt es bei der Polizei und beim Behördenleiter eine Reihe von Anfragen von Städten und Gemeinden, besorgten Menschen sowie von Lehrern und Schulleitern aus dem Kreisgebiet.

Grund für die Anfragen sind Medienveröffentlichungen von Ende September, die sich mit der Polizeibegleitung von Martinsumzügen befassen. Berichtet wurde über Pläne des Innenministers den Polizeischutz für die Martinsumzüge zu streichen.

Die Kreispolizeibehörde hat schon mehrfach für Einzelfälle erklärt, dass solche Pläne aus dem Ministerium der Polizei im Rhein-Kreis Neuss nicht bekannt sind. Trotzdem gibt es immer noch die oben genannten Anfragen. Medienvertreter melden sich weiterhin zu diesem Thema.

Polizeichef Petrauschke stellt klar: "Der Rhein-Kreis Neuss ist bekannt für seine traditionellen Feste und die Pflege des Brauchtums. Das unterstütze ich, wo es nur möglich ist. Die Martinsumzüge gehören zu unserem Kreis und ich weiß St. Martin und die mit ihm ziehenden Kinder gut beschützt, wenn unsere Polizisten für die Sicherheit der Teilnehmer sorgen. Dies wird auch so bleiben."

Schon bisher wurde bei dem Einsatz der Polizei darauf geachtet, dass soweit möglich die Veranstalter und die örtlichen Ordnungsbehörden die Begleitung stellen. Wenn es aber die Verkehrssicherheit erfordert, wird auch die Polizei tätig.

Während der öffentlichen Diskussion über die Martinszüge gab es auch Fragen zum Engagement der Ordnungshüter bei der Verkehrssicherheitsarbeit an unseren Schulen. Besorgte Eltern wandten sich an die Medien und berichteten, dass sie Informationen hätten, wonach die polizeiliche



Pressestelle

Weiterführende Informationen

<http://www.polizei.nrw.de/rhein-kreis-neuss>

Das Presseportal ist ein Service von news aktuell und die Datenbank für Presseinformationen im deutschsprachigen Raum.
www.presseportal.de

Unterstützung bei der Schulwegsicherung und beim Fahrradtraining gekürzt und in absehbarer Zeit komplett eingestellt würde.

Zu diesem Thema findet der Landrat ebenso deutliche Worte: "Die Polizei im Rhein-Kreis Neuss betreibt ihre Verkehrssicherheitsarbeit auf der Basis bestehender Erlasse und Vorgaben. Die Behörde hat nicht die Absicht, ihr Engagement bei der Verkehrsunfallprävention zu kürzen oder sich gänzlich daraus zurückzuziehen."

Nicht nur als Leiter der Polizei hat die Sicherheit der Kinder im Straßenverkehr für Hans-Jürgen Petrauschke einen besonderen Stellenwert. Auch als Chef der Kreisverwaltung stellt er Personal und Material für diese wichtige Aufgabe zur Verfügung. Zusammen mit dem Rhein-Kreis Neuss, der Kreisverkehrswacht und der Kreispolizeibehörde werden auch weiterhin große Anstrengungen für die Sicherheit unserer Kinder unternommen. Das ist so und das bleibt so.

Rückfragen bitte an:

Der Landrat des
Rhein-Kreises Neuss als
Kreispolizeibehörde
-Pressestelle-
Jülicher Landstraße 178
41464 Neuss
Telefon: 02131/300-14000
02131/300-14011
02131/300-14013
02131/300-14014
Telefax: 02131/300-14009
Mail: pressestelle.neuss@polizei.nrw.de
Web: www.polizei.nrw.de/rhein-kreis-neuss

Permalink:



<http://www.presseportal.de/polizeipresse/meldung/2854712>

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 31/0290/XVI/2014

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	22.10.2014	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

**Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema
"Übergriffe auf Asylbewerber im Rhein-Kreis Neuss" vom 17.10.2014**

Sachverhalt:

In einer Sondersitzung des Innenausschusses hat das Ministerium für Inneres und Kommunales den Landtagsmitgliedern am 16.10.2014 folgende Informationen zum Sachstand gegeben:

„Nach dem Bekanntwerden der Vorfälle in Burbach beauftragte das Ministerium für Inneres und Kommunales unverzüglich das LKA NRW, eine zentrale Ermittlungskommission einzurichten, um alle Unterbringungseinrichtungen auf gleichgelagerte Straftaten zu überprüfen.

Die Maßnahmen des LKA führten bislang zur Feststellung von insgesamt 48 Ermittlungsverfahren gegen Sicherheitsbedienstete in den insgesamt 20 landeseigenen Einrichtungen im Tatzeitraum von Januar 2013 bis September 2014. Hierbei handelt es sich überwiegend um Körperverletzungen. Die Ermittlungsverfahren verteilen sich auf sieben Einrichtungen und deren Betreiber in Bad Berleburg, Burbach, Essen, Dortmund, Hemer, Neuss und Unna-Massen. Die 13 weiteren landeseigenen Einrichtungen sind nach derzeitigem Ermittlungsstand nicht betroffen.

Von den 48 Ermittlungsverfahren wurden 10 Verfahren mangels hinreichender Anklagegrundlage (§ 170 II StPO) und 8 Verfahren wegen geringer Schuld (§ 153 I StPO) eingestellt. 20 der Verfahren befinden sich noch in der polizeilichen Sachbearbeitung, die übrigen in der staatsanwaltschaftlichen Bearbeitung.

Dieses ist nur eine vorläufige Bilanz. Die noch anhängigen Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaften ermöglichen zurzeit noch keine abschließende Darstellung und Bewertung.“

Nach derzeitigem Sachstand liegen der Kreispolizeibehörde Rhein-Kreis Neuss drei Strafanzeigen von Bewohnern der Einrichtung am Alexianerplatz 1 in Neuss vor. Bei den Tatverdächtigen handelt es sich um Mitarbeiter des dort tätigen Sicherheits-unternehmens. In einem Fall vom 29.07.2013 wurden von dem beteiligten Asylbewerber und den Sicherheitskräften wechselseitig Anschuldigungen wegen Körperverletzung erhoben. Die Anzeige wurde am selben Tag im Rahmen eines Polizeieinsatzes aufgenommen. Die Staatsanwaltschaft hat das Verfahren gegen alle Beteiligten am 19.09.2013 in Ermangelung einer hinreichenden Anklagegrundlage gemäß § 170 II StPO eingestellt.

In einem zweiten Verfahren ermitteln Polizei und Staatsanwaltschaft wegen Bedrohung, Körperverletzung und Diebstahl. Zudem besteht in einem dritten Fall der Verdacht der Körperverletzung.

Die Kreispolizeibehörde geht jedem Hinweis auf mögliche Straftaten nach und setzt alles daran, die erhobenen Vorwürfe umfassend aufzuklären. Zu Einzelheiten laufender Verfahren erteilt grundsätzlich die Staatsanwaltschaft Auskunft.

Anlagen:

Anfrage GRÜNE

Rhein-Kreis Neuss
Herrn Landrat
Hans-Jürgen Petrauschke

Fax 02181 601 2400

FRAKTION IM RHEIN-KREIS NEUSS

Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender



Schulstraße 1
41460 Neuss
Tel: +49 (2131) 1666-81
Fax: +49 (2131) 1666-83
fraktion@gruene-rkn.de

Neuss, 17. Oktober 2014
Erhard Demmer / Renate Dorner-Müller

Übergriffe auf Asylbewerber im Rhein-Kreis Neuss

Sehr geehrter Herr Petrauschke,

in einer Berichterstattung der Rheinische Post vom 15. Oktober 2014 zu den Übergriffen von Sicherheitskräften gegen Asylbewerber wird explizit Neuss als Ort von Vorfällen genannt.

Wir bitten Sie daher, in der Sitzung des **Kreisausschusses am 22. Oktober 2014** um Auskunft darüber, welche Art und wie viele Vorfälle sich im Rhein-Kreis Neuss ereignet haben und ob und welche Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden.

Wir erwarten eine Beantwortung im öffentlichen Teil der Kreisausschuss-Sitzung. In den Teilen, in denen dies aus rechtlichen Gründen nicht möglich ist, im nicht-öffentlichen Teil.

Wir bedanken uns im Voraus und verbleiben

mit freundlichen Grüßen



Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender

D/ Kreistagsbüro und Fraktionsgeschäftsstellen im Rhein-Kreis Neuss - per Email

Wiederherstellung der A44 (AK Jackerath bis AK Holz) und Ausbau der A46.



Veranlassung

Im Zuge des planmäßigen Fortschreitens des Tagebaus Garzweiler im Rheinischen Braunkohlenrevier ist im Jahr 2006 die A44 Aachen-Neuss zwischen den Autobahnkreuzen (AK) Jackerath und Holz auf einer Länge von ca. 8 km bergbaulich in Anspruch genommen worden. Die Verkehre der unterbrochenen Bundesfernstraße werden zurzeit über die A61 und die nördlich des Abbaufeldes gelegene A46 umgeleitet. Diese Strecken wurden zuvor zu diesem Zweck leistungsfähig aus- und umgebaut. Mit der weiteren Tagebauentwicklung wird voraussichtlich ab dem Jahr 2017 die A61 ihrerseits bergbaulich in Anspruch genommen. Aufgrund der großen Bedeutung der A61 für den überregionalen Verkehr und der prognostizierten Verkehrsbelastung von ca. 80.000 Fahrzeugen pro Tag für 2017 müssen bis zu diesem Zeitpunkt die unterbrochene A44 als „A44n“ überwiegend 6-streifig wiederhergestellt und die A46 zwischen dem AK Holz und dem AK Mönchengladbach-Wanlo 6-streifig ausgebaut sein. Diese Streckenabschnitte dienen dann als Umleitungsstrecke für die unterbrochene A61. Die neue A44 verläuft zukünftig über rekultivierte Tagebauflächen. Der Untergrund dieses Streckenabschnittes wird derzeit durch den Tagebaubetrieb vorbereitet (siehe Besonderheiten).

Bau

Die Baumaßnahme dauert voraussichtlich fünf Jahre (2012 bis 2017) und umfasst:

- Neubau des AK Jackerath,
- Neubau der A44 zwischen der L241 bei Titz und dem Autobahnkreuz Jackerath (neu) vierstreifig ca. 3,3 km,
- Neubau der A44 zwischen dem AK Jackerath (neu) und dem AK Holz sechsstreifig, Streckenlänge ca. 7,2 km,
- Umbau des AK Holz:
Neubau je einer Rampe mit zwei Fahrspuren und Seitenstreifen für die Fahrbeziehung Aachen-Heinsberg und Heinsberg-Aachen,
Neubau je einer Richtungsfahrbahn Aachen-MG-Odenkirchen,
- Sechsstreifiger Ausbau der A46 zwischen dem AK MG-Wanlo und dem AK Holz, Ausbaulänge 2,3 km,
- Umbau des AK MG-Wanlo:
Verbreiterung der vorhandenen Rampen Venlo-Neuss und Neuss-Venlo,
Anpassung des Ein- und Ausfahrtbereiches an der östlichen A61 und Neubau eines Teilbereiches im Ausfahrtbereich der Rampen Venlo-Heinsberg und Venlo-AS Wanlo.

Insgesamt werden bei der Maßnahme dreizehn Bauwerke neu errichtet und drei Bauwerke umgebaut.

Fotomontage
Simulation mit Stand 2017

